

# unsere klasse

## CFM: Widerstand der Geschäftsführung können wir brechen!



von Dustin Hirschfeld,  
Programmierer

Bei der CFM, der Niedriglohn-Tochter der Charité, sind sich die aktiven Beschäftigten einig: Ihr Ziel ist ein Lohn auf Höhe des TVöD! Deswegen lehnten sie mit großer Mehrheit das neueste Angebot der Geschäftsführung ab. Es umfasste eine Lohnsteigerung auf elf Euro – aber auch eine Laufzeit von 37 Monaten. Doch so lange können und wollen die Kolleg\*innen nicht auf weitere Erhöhungen verzichten. Die Abstimmung war also auch ein Signal zum Weiterkämpfen.

Und trotz der Blockadehaltung der Geschäftsführung stehen die Chancen für einen Erfolg gut: Der Druck auf den Senat steigt von allen Seiten. Die Service-Tochter von Vivantes, die VSG, war bereits mehrfach gemeinsam mit der CFM im Streik. Und beim „Gewerkschaftlichen Aktionsausschuss“ vernetzen sich beide Belegschaften mit anderen Landesbetrieben. Von diesen, wie vom Botanischen Garten, aber auch den studentischen Beschäftigten, gab es immer wieder Solidarität für diesen Kampf. Was nun noch fehlt, sind neue Streiks der Kolleg\*innen der CFM!



## Arbeitskampf an den Unis

Seit 17 Jahren bekommen die studentischen Beschäftigten keine Lohnerhöhung. Sie organisieren sich mit Streikversammlungen.



von Yunus Özgür,  
studentische Hilfskraft  
an der FU Berlin

Die studentischen Beschäftigten in Berlin kämpfen für einen neuen Tarifvertrag – nach 17 Jahren ohne Lohnerhöhung. Wir arbeiten an den Universitäten in der Verwaltung, in den Bibliotheken, in der Forschung und geben Tutorien. Ohne uns würden die Universitäten nicht mehr funktionieren.

Die Universitäten setzen studentische Hilfskräfte an Stellen ein, die normalerweise mit Festangestellten besetzt wären. Dadurch sparen sie viel Geld und sorgen dafür, dass es immer weniger feste und unbefristete Stellen gibt.

Wir wollen, dass unser Tarifvertrag an den Tarifvertrag der Länder (TV-L) gekoppelt wird. Wir nehmen es nicht hin, dass die Belegschaft der Unis gespalten wird!

### Streikdemokratie

An jedem Streiktag halten wir offene Streikversammlungen

ab, bei denen teilweise über 100 Kolleg\*innen zusammenkommen. Erst reden wir über organisatorische Sachen wie die Mobilisierung. Aber dann diskutieren wir auch über die Perspektiven unseres Kampfes.

Am Anfang waren wir skeptisch: Können wir große Fragen einfach so in einer offenen Runde besprechen? Sind die Diskussionen nicht zu kompliziert für Kolleg\*innen, die nicht in der Tarifkommission waren? Nein. Im Gegenteil: Durch die Diskussion an der Basis konnten wir erst die richtigen Entscheidungen treffen, und dabei auch die Kampfbereitschaft steigern.

Nachdem die Kolleg\*innen selbst über die Verhandlungsstrategie, weitere Streiktage und neue Aktionen diskutiert und Beschlüsse verfasst haben, die an die TK gerichtet waren, waren sie nicht nur Konsument\*innen des Streiks, sondern Subjekte. Die Streikversammlungen haben auch den TK-Mitgliedern sehr geholfen, die Streiktage bei den Gewerkschaftsvorständen durchzusetzen – obwohl diese sich gegen weitere Warnstreiks bis zum April ausgesprochen hatten!

Es sind die Kolleg\*innen an der Basis, die den Kampf führen, die Konsequenzen tragen müssen, die Mitgliedsbeiträge zahlen. Sie müssen auch entscheiden, wann und wie gestreikt werden soll.



## AfD: Stiefel im Rücken der Arbeiter\*innen

Die Alternative für Deutschland (AfD) stellt sich gerne als Partei der kleinen Leute dar. Warum sie das Gegenteil ist.

von Lasse Reinboeng, Arbeiter an der FU

Das Grundsatzprogramm der AfD umfasst circa 140 Punkte. Schon als zweiten Punkt, also weit vor den Themen Geflüchtete oder Europapolitik, werden unter der Überschrift „Schlanker Staat für freie Bürger“ umfangreiche Privatisierungsvorhaben aufgeführt. **Weiter auf Seite 4 >**

# Das GroKo-Theater

von Fritz Weinegg,  
Krankenhausbeschäftigter

Nach der Bundestagswahl und dem Scheitern der Jamaika-Verhandlungen haben die Parteispitzen von CDU/CSU und SPD nun einen Entwurf für einen Koalitionsvertrag vorgelegt. Dieser sorgt nicht nur bei der Bevölkerung für Verwunderung, sondern auch in ihren eigenen Reihen.

Die CDU/CSU-Basis fühlt sich bei der Ämtervergabe geprellt. Die Basis der SPD versuchte man kurz mit abstrusem Personal-Hickhack von den Inhalten des Koalitionsapiers abzulenken.

Die ver.di-Mitglieder an der Basis rieben sich die Augen, als ihr Vorsitzender, Frank Bsirske, in ihrem Namen dieses Papier lobte – obwohl die letzte Pizza der wartenden Journalist\*innen noch nicht erkaltet war. Zumindest meine Meinung hat er nicht abgefragt.

In dem jetzt von der SPD-Basis abzustimmenden Papier werden einige richtige Wörter aufgelistet. Aber das Papier bleibt weit hinter den

Möglichkeiten ernsthafter Veränderungen zurück. Zum Beispiel: 8.000 zusätzliche Pflegestellen sind ein Witz, wenn man bedenkt, dass ver.di vor einem Jahr über 164.000 fehlende Stellen im Gesundheitswesen klagte. Bei circa 13.000 deutschen Pflegeeinrichtungen würde das bedeuten, dass etwas weniger als 0,6 Stellen pro Haus geschaffen werden sollen.

Die Gründung eines Heimatministeriums ist nicht nur fragwürdig, sondern alarmierend. Wer braucht so etwas in einem Europa, das zusammenwachsen soll? Es bedient nur rechtskonservative und nationalistische Brandstifter\*innen. Wahrscheinlich wird der Briefkopf des Heimatministers wieder in Frakturschrift bedruckt sein.

Alles in allem gehen wir davon aus, dass man trotz gegenteiliger Beteuerung einfach so weitermachen wird wie bisher. Deutlichstes Anzeichen dafür ist die Aussage des designierten Finanzministers Olaf Scholz, an einer imaginären und dusseligen „schwarzen Null“ festhalten zu wollen,



obwohl die Infrastruktur dringend nach Investitionen schreit. Während man vorgibt, finanziell einen ausgeglichen Haushalt anzustreben, wird an der öffentlichen Daseinsfürsorge weiterhin Raubbau

betrieben.

Die Bevölkerung wird den Parteien keinen Vertrauensvorschuss mehr geben. Es sind die richtigen Taten und nicht halbseidene Versprechen gefragt.

## Eine Partei für uns Arbeiter\*innen



von Aimo Tügel,  
U-Bahn-Fahrer

Jetzt mal ehrlich: Welche Partei vertritt unsere Interessen als Arbeiter\*innen? SPD und Linkspartei? Die SPD zeigt gerade ein weiteres mal, dass sie bereit ist, unsere Interessen für die Regierung zu opfern. Die Linkspartei ebenso. Solange die Banken und Konzerne Privatunternehmen im Weltmarkt sind, muss jede Regierung ihnen eine profitable Entwicklung ermöglichen.

SPD und Linkspartei-Politiker\*innen träumen im besten Fall ehrlich vom sozialen

Kapitalismus. Oder von persönlicher Karriere. Dass die Marktwirtschaft trotz „roter“ Regierung weder national, noch weltweit sozial ist, ist ziemlich offensichtlich.

Kein Wunder also, dass die Sozialdemokratie kriselt. Die griechische SYRIZA verwaltet inzwischen den Kapitalismus und ist nun der nützliche Idiot für die Banken und Konzerne – zum Leidwesen unserer Kolleg\*innen in Griechenland. „Regierungssozialist\*innen“ dort sind Teil des Establishments. Und Faschist\*innen spielen die Rolle der Opposition.

Wieviele von uns haben SPD oder Linkspartei gewählt,

weil sie als das kleinere Übel erscheinen? Wir erleben jetzt, dass sich aktive Berliner Arbeiter\*innen selbst um ihre Anliegen kümmern und gegen „Arbeiterparteien“ ankämpfen müssen.

Mitglieder von SPD und Linkspartei sind in Arbeitskämpfen dabei und werden immer wieder von ihren eigenen Parteien – man kann es nicht anders sagen – verarscht.

### Eigene Partei

Warum machen wir nicht unsere eigene Partei? Eine Partei aus Arbeiter\*innen, die es sich zum Grundsatz machen, rigoros unsere Interessen zu

vertreten. Ohne Rücksicht auf Profite. Eine Partei, die endlich mal radikal und provokativ die herrschenden Verhältnisse herausfordert? Die Alle unterstützt, die sich für bessere Arbeitsbedingungen, Löhne, Wohn- und Lebensbedingungen und eine Rettung unserer Zukunft einsetzen?

Es gibt so viele von uns, die nicht an das Ammenmärchen vom sozialen Kapitalismus glauben und planwirtschaftliche Demokratie wollen. Verdammst noch mal, dann lasst uns zusammenkommen und eine wirkliche Arbeiter\*innen-Partei ins Leben rufen. Es wird Zeit.



# Privatisierung verhindert

**In São Paulo in Brasilien sollten zwei Linien der U-Bahn privatisiert werden. Die Kolleg\*innen streikten dagegen – erfolgreich!**



von Wlodek Flakin,  
Journalist

**M**itte Januar stand die U-Bahn in São Paulo still. In der brasilianischen Megastadt nehmen 4,6 Millionen Menschen pro Tag die Metro. Der 24-stündige Ausstand löste ein riesiges Chaos aus.

Warum kam es zum Streik? Eine Linie der U-Bahn ist bereits privatisiert. Am 19. Januar sollten zwei weitere Linien zum Verkauf angeboten

werden. Das würde eine Spaltung der Belegschaft bedeuten: zwischen Kolleg\*innen im öffentlichen Dienst und Kolleg\*innen bei privaten Unternehmen. Die U-Bahner\*innen von Sao Paulo gehören zu den kämpferischsten Sektoren der brasilianischen Arbeiter\*innenklasse.

Sieben von zehn Menschen im Land sind gegen die Privatisierung. Gleichzeitig waren Fahrpreiserhöhungen geplant. Deswegen stieß der Streik auf große Unterstützung seitens

der arbeitenden Bevölkerung. Am frühen Morgen haben Kolleg\*innen an jeder Station Streikposten aufgestellt. Sie konnten die Gründe für ihren Arbeitskampf erläutern und erhielten Applaus.

Am Tag nach dem Streik hat ein Gericht die Privatisierungspläne für illegal erklärt. Der Kampf war erfolgreich! Das kann auch ein Vorbild für uns in Berlin sein, wo die Regierung ebenfalls plant, die S-Bahn zu zerschlagen und die Belegschaft zu spalten. Die Arbeiter\*innenbewegung kann für guten, öffentlichen, preiswerten Nahverkehr für alle kämpfen!

## 28-Stunden-Woche für alle!

von Dustin Hirschfeld,  
Programmierer

**I**m Januar und Februar zeigten die Arbeiter\*innen der Metall- und Elektro-Industrie, welche Macht sie haben. Im Tarifkampf für Lohnerhöhungen und die Option auf Arbeitszeitverkürzung traten hunderttausende Mitglieder der IG Metall in den Streik. Allein mit den 24-Stunden-Streiks vom 31. Januar bis zum 4. Februar sorgten sie nach Schätzungen für Unternehmensverluste von 770 bis 980 Millionen Euro. Damit gelang es innerhalb weniger Tage, den Bossen Zugeständnisse abzurufen.

Das Ergebnis war trotzdem – wie auch die ursprünglichen Forderungen – relativ zurückhaltend: Eine moderate Lohnerhöhung, sowie das Recht auf Arbeitszeitverkürzung für einen Teil der Belegschaft, allerdings fast ohne Lohnausgleich.

Die Idee der 28-Stunden-Woche weißt auf eine längst überfällige Debatte hin: Wieso ist die 40-Stunden-Woche immer noch Normalität, obwohl es in Deutschland Millionen Menschen ohne Arbeit gibt und die Produktivität je Stunde beständig steigt?

Für die Unternehmen ist das natürlich eine profitable Situation. Doch mit der geballten Kraft der Arbeiter\*innenklasse ließe sich eine weitreichendere Forderung durchsetzen: Teilen wir die vorhandene Arbeit auf alle Schultern auf! 28 Stunden für alle – und zwar bei vollem Lohnausgleich!

# Tod aus Deutschland

**Auch in der syrischen Provinz Afrin herrscht Krieg. Getötet wird mit deutschen Waffen. Können wir etwas dagegen tun?**

von Wlodek Flakin,  
Journalist

**W**ieder ein neuer Krieg im Nahen Osten: Vor einigen Wochen ist die türkische Armee in die nordsyrische Provinz Afrin einmarschiert, die vorwiegend von Kurd\*innen bewohnt wird.

Die türkische Armee setzt Leopard-II-Panzer aus deutscher Produktion ein. Die kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG und YPJ) schlagen teilweise mit ebenfalls deutschen Waffen zurück.

Waffenkonzerne verdienen Geld auf beiden Seiten des Krieges in Afrin. Deutsche Waffen werden auch an die Diktatur in Saudi Arabien verkauft, um Krieg in Jemen zu führen.

Noch 2013 ist die SPD in eine Große Koalition eingetreten mit dem Versprechen, Waffenexporte in Kriegsgebiete einzuschränken. Doch letztes Jahr wurden Waffen für 3,8 Milliarden Euro verkauft – so viel wie noch nie.

Wir können uns hier nicht auf die SPD verlassen. Aber wir dürfen nicht vergessen: Leopard-II-Panzer werden von gewerkschaftlich organisierten Kolleg\*innen hergestellt. Die Arbeiter\*innen in der Waffenindustrie sind in den gleichen Gewerkschaften organisiert wie wir.

Die Arbeiter\*innenklasse ist in der Lage, Kriege zu verhindern. Mit Streiks könnten wir verhindern, dass Waffen ans Ziel kommen. Durch die Geschichte hindurch war es

immer wieder die Arbeiter\*innenbewegung, die mit Protesten und Revolten Kriege beendete – zum Beispiel am Ende des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren.

Im Übrigen ist der Krieg in Afrin auch kein Krieg zwischen Türk\*innen und Kurd\*innen. Die türkische Armee besteht zu einem guten Teil aus Wehrpflichtigen, die zum Dienst gezwungen und nationalistisch aufgehetzt werden. Es sind Kinder der Arbeiter\*innenklasse, die ihr Leben dort verlieren. Und weshalb? Damit ihre Kapitalist\*innen mittels Eroberungen größere Profite machen können.

In Afrin, in der Türkei, in Deutschland – es ist unsere Klasse, die Arbeiter\*innenklasse, die Kriege verhindern kann. Aber dazu müssen wir uns von Apparaten wie der SPD lossagen, die seit 100 Jahren Kriege unterstützt.



# Warum dieses Flugblatt?

**Unsere Klasse:** Ein neues Flugblatt von und für kämpferische Kolleg\*innen in Berlin

**W**ir sind Arbeiter\*innen aus verschiedenen Betrieben in Berlin. Wir sind aktive und kritische Mitglieder der Gewerkschaft, die wir durch eine Basisbewegung erneuern wollen.

In den letzten Jahren gab es viele Kämpfe gegen Outsourcing und Tarifflicht in Berlin. Viele von uns haben die Forderung erhoben: „*Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!*“ Wir haben uns in diesen Kämpfen zusammengefunden.

Wir sind für basisdemokratische Gewerkschaften mit aktiven Kolleg\*innen. Wir treten dafür ein, dass wir Mitglieder an der Basis selbst in Versammlungen entschei-

den, wie wir vorgehen. Wir bekämpfen dabei die von unseren aktuellen Führungen gepredigten Ideologie der „Sozialpartnerschaft“. Wir fordern, dass wir Arbeiter\*innen dem Klassenkampf der Reichen gegen uns endlich mit aller Kraft entgegentreten. Das gilt auch für die Politik im Dienst der Banken und Konzerne.

Wir treten dabei gegen jede Ideologie ein, die uns als Lohnabhängige spaltet: Rassismus, Sexismus, Homophobie usw. Wir wollen eine Welt, in der wir arbeitenden Menschen selbst über unser Leben bestimmen.

Dieses Flugblatt soll dazu dienen, Erfahrungen auszu-

tauschen. Und das gilt nicht nur für unsere eigenen Kämpfe, sondern für Kämpfe der Arbeiter\*innenklasse weltweit. Wir wollen voneinander lernen und Solidarität aufbauen.

Gleichzeitig wollen wir auch über politische Themen diskutieren, die für uns als Lohnabhängige wichtig sind. Wir können nicht gegen Prekarisierung kämpfen, ohne den Rechtsruck zu thematisieren.

Wir sind parteipolitisch unabhängig. Dieses Flugblatt wird von und für Arbeiter\*innen gemacht, in Zusammenarbeit mit der Online-Zeitung *Klasse Gegen Klasse*.

Hast du Kommentare? Kritik? Möchtest du selbst einen Artikel beisteuern. Wir wollen gern von dir hören. Schreib uns eine Mail:

[unsereklasse@klassegegenklasse.org](mailto:unsereklasse@klassegegenklasse.org)

**Alle heraus zum 8. März!**



von Lilly Freytag,  
HTW-Mitarbeiterin

**A**m 8. März ist wieder der internationale Frauenkampftag. Für viele Frauen bedeutet das in der Kälte erfrierende Blumen und leere Worte von Chef, Partner oder unterbezahltem Servicemitarbeiter.

Für viele Hunderttausende heißt das aber auch, in den Streik zu treten und für das tägliche Brot und die eigenen Rechte zu kämpfen. Denn der Kampftag der Arbeiterinnen ist zu seinem Ursprung vor über hundert Jahren zurückgekehrt. Auf der ganzen Welt treten wieder Frauen in den Streik, vor allem in Lateinamerika und den USA, aber auch in Europa. Sie zeigen damit, wie wichtig ihre Arbeit ist und welche Kraft sie gemeinsam haben. Sie kommen schon in den Wochen vorher in Versammlungen zusammen, und fordern die Unterstützung ihrer Gewerkschaften und ihrer Kollegen.

Denn auch heute noch verdienen wir weniger als Männer, weil wir diskriminiert werden, weil wir z.B. wegen Familienverpflichtungen nur schlechtere Jobs bekommen und weil so getan wird, als ob die Arbeiten, die wir machen – zum Beispiel in der Pflege – weniger wert wären. Dazu machen wir noch den Hauptteil der Hausarbeit. All das führt dann auch dazu, dass wir eher Gewalt erfahren, durch Chefs oder Partner, von denen wir finanziell abhängig sind.

Denn wie die Textilarbeiterinnen in den USA schon 1912 sagten: Wir wollen genug für ein Leben (Brot), aber auch für ein schönes Leben (Rosen) – und zwar mehr als ein paar welke Blumen einmal im Jahr.

## KLASSEGEGENKLASSE.org

tägliche Nachrichten der revolutionären Linken

ViSdP: R. Müller, Hafenstr. 17, Hamburg

## AfD: Stiefel im Rücken der Arbeiter\*innen

**Weiter von Seite 1 >**

Zitat: „*Es bedarf neuer Konzentration auf die vier klassischen Gebiete: Innere und äußere Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung. Aufgaben jenseits dieser vier Kerngebiete bedürfen besonderer Rechtsfertigung. Wir wollen prüfen, inwieweit vorhandene staatliche Einrichtungen durch private oder andere Organisationsformen ersetzt werden können.*“

Das heißt im Klartext: Für die AfD hat die Privatisierung staatlicher Einrichtungen oberste Priorität. Sie wird in diesem Punkt mit vielen anderen Parteien einer Meinung sein und das Ärmchen heben.

Bei Anne Will, der Fern-

sehtalkshow der ARD, wurde Alice Weidel kürzlich nach ihrer Position zum Verbot von sachgrundlosen Befristungen gefragt. Die Fraktionschefin der AfD sprach sich gegen ein Verbot von sachgrundlosen Befristungen und für weitere Maßnahmen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes aus. Eigentlich eine Steilvorlage für Heiko Maas (SPD), die AfD vor einem Millionenpublikum beim Hauptressort der SPD, der Arbeitsmarktpolitik, vorzuführen.

Doch Fehlanzeige: Heiko Maas ging auf die arbeitnehmer\*innenfeindliche Position der AfD nicht ein. Aber warum? Die Antwort ist einfach und erdrückend: Die SPD hat sich in Fragen der Flexibili-

sierung des Arbeitsmarktes durch ihr politisches Handeln in den letzten Jahren selbst angreifbar gemacht. Konsequenz wäre eine radikale Kehrtwende der SPD, um die Sorgen der Arbeiter\*innen in den Mittelpunkt ihrer politischen Arbeit zu stellen.

Dem sogenannten „Wutbürger“ dürfte sein sogenanntes „Heimatgefühl“ jedenfalls endgültig dann abhanden kommen, wenn in seiner Stadt oder in seinem Dorf mit Unterstützung der AfD und der SPD weitere staatliche Einrichtungen privatisiert und von internationalen Konzernen übernommen werden. Daran dürfte im Übrigen auch ein Heimatministerium nichts ändern.